

Fünf Stimmen zu feministischer Ökonomie und Finanzpolitik

Interviews mit Stefanie Bremer, Prof. Dr. Ulrike Knobloch,
Patricia Cammarata, Ulrike Röhr und Dr. Katharina Mader

**FÜR EINE
GERECHTE
ZUKUNFT**



**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG

FÜR EINE GERECHTE ZUKUNFT!

Ein Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung 2022–2023

Ob Pandemiebewältigung, Energiewende, Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur oder Daseinsvorsorge – dies sind nur einige Beispiele für die drängenden Herausforderungen, vor denen Deutschland, Europa und die Welt heute stehen. Von den Auswirkungen eines unkontrollierten Klimawandels, ausbleibender wirtschaftlicher Entwicklung, zunehmender ökonomischer und sozialer Ungleichheit, fehlender Perspektiven für junge Menschen und einer mangelnden Vorbereitung auf den demografischen Wandel wäre die gesamte Weltgemeinschaft betroffen. Hinzu kommen neue Anforderungen an die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dafür müssen enorme finanzielle Summen bereitgestellt werden.

Es ist daher an der Zeit, die Finanzierung unserer Zukunft mit progressiven Konzepten anzugehen!

Mit dem Fokusprojekt „Wer zahlt die Zeche? Für eine gerechte Zukunft!“ schafft die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Diskursraum, in dem neue und alte sozialdemokratische Ideen zur Finanzierung des Gemeinwohls und der Zukunftsinvestitionen zusammengedacht werden können – von der kommunalen über die landes- und bundespolitische bis hin zur europäischen und globalen Ebene.

www.fes.de/finanzpolitik

Über die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Journalistin

Lena Kronenbürger ist freie Journalistin und Moderatorin. Ihr journalistischer Schwerpunkt liegt auf dem Führen von Interviews, einer Leidenschaft, der sie auch als Herausgeberin des gesellschaftspolitischen Magazins 42 nachgeht. Das Ziel, in jedem Heft ein Thema von gesellschaftlicher Relevanz aus verschiedenen Perspektiven zu ergründen, setzt sich auch in der vorliegenden Interviewreihe „Fünf Stimmen zu feministischer Ökonomie und Finanzpolitik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung fort. Als Co-Host des seit 2020 erscheinenden Podcasts „How I met my money“ taucht sie ebenfalls in Gesprächen mit Expert_innen in die Tiefen der Finanzwelt ein.

Inhalt

Finanzpolitik als Instrument für eine gerechte(re) Gesellschaft.	4
Reich wird man einfacher, wenn man männlich ist. Interview mit Stefanie Bremer.	6
Eine Ökonomie zu entwickeln, die von der Abhängigkeit des Menschen ausgeht, nicht von seiner Unabhängigkeit, ist eine Herausforderung. Interview mit Prof. Dr. Ulrike Knobloch	9
Gleich viel Erwerbsarbeit zu leisten bedeutet nicht automatisch, dass die Care-Arbeit gleich verteilt ist. Interview mit Patricia Cammarata	12
An Geschlechterperspektive fehlt es bei der Klimapolitik nach wie vor. Interview mit Ulrike Röhr	15
Gender Budgeting ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer gerechteren Gesellschaft. Interview mit Dr. Katharina Mader	19

Finanzpolitik als Instrument für eine gerechte(re) Gesellschaft

Finanzpolitik und Ökonomie spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es geht um die Verteilung öffentlicher Gelder, die Besteuerung von Einkommen und Vermögen, die Bewertung bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie um die Schaffung von Anreizen für Unternehmen und Privatpersonen.

Doch diese Politikbereiche sind nicht genderneutral. Es gibt geschlechtsspezifische Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen, im Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen sowie in der Wahrnehmung von unbezahlter Arbeit, wie etwa Care-Arbeit. Diese Perspektive auf Ökonomie ist jedoch in weiten Teilen von Politik und Wirtschaft ein blinder Fleck. Dabei hat sich gerade in den politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der multiplen Krisen der letzten Jahre gezeigt, dass die finanzbezogenen politischen Entscheidungen eine hohe Lenkungswirkung für die Erreichung von Gendergerechtigkeit haben. Die finanzpolitischen Bereiche, die Folgen für Geschlechtergerechtigkeit zeitigen, sind dabei äußerst divers und gehen weit über den Gender Pay Gap hinaus, der es mittlerweile in die breite öffentliche Wahrnehmung geschafft hat.

In der Besteuerung von Erb_innen beispielsweise markiert der Gender Gift Gap, wie ungleich Männer und Frauen von den zahlreichen Ausnahmetatbeständen bei der Besteuerung von hohen Erbschaften und Schenkungen profitieren. Erbschaften tragen zu einer Kontinuität der bestehenden Verhältnisse bei. Profitieren Frauen in hohem Maße weniger von diesen steuerlichen Erleichterungen, so zementieren sich ökonomische Unterschiede zwischen den Geschlechtern über weitere Generationen hinweg. Die Gestaltung der Erbschaftsteuer steht immer wieder – und aktuell in besonderem Maße – in der gesellschaftlichen Kritik, daher fordern nicht nur feministische

Ökonominnen eine Reform des Erbrechts. Dafür setzt sich auch Stefanie Bremer ein, die sich in der Initiative taxmenow engagiert und für diese Interviewreihe die Erbschaftsteuer mit Blick auf Gendergerechtigkeit betrachtet hat.

Steuerpolitik, insbesondere die Einkommensteuer, spielt auch bei der Betrachtung unbezahlter Care-Arbeit eine Rolle. In der feministischen Ökonomie hat sich das Forschungsfeld der Care-Ökonomie herausgebildet. Hier geht es um die Anerkennung und Wertschätzung unbezahlter Arbeit, wie etwa der Sorge für Kinder, kranke oder ältere Menschen. Diese Arbeit wird oft von Frauen geleistet und ist für das Funktionieren unserer Gesellschaft unverzichtbar. Dennoch wird sie meist als selbstverständlich und kostenlos angesehen. Feministische Ökonominnen fordern daher eine Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie eine bessere Entlohnung für Care-Arbeit. Prof. Dr. Ulrike Knobloch betont im Interview die Bedeutung des Haushalts – im Sinne der Care-Arbeit – als ökonomische Institution. Er ist die Basis allen Wirtschaftens, auch wenn er heute in der wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung weitestgehend ignoriert wird. Patricia Cammarata hat den Begriff des Mental Load in diesem Zusammenhang in Deutschland bekannt gemacht. Im Interview betont sie, dass eine ähnliche Belastung durch Erwerbsarbeit sich nicht automatisch in einer ähnlichen Verteilung von Care-Arbeit niederschlägt.

Während Care-Arbeit der Genderaspekt bereits inhärent ist, ist der Zusammenhang zwischen Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik oft nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Dabei sind auch in diesem Feld, sowohl bei adaptiven als auch bei mitigierenden Maßnahmen, Frauen anders betroffen als Männer. Dies liegt in unterschiedlichem Berufs-, Konsum- und Freizeitverhalten begründet. Feministische Ökonominnen fordern daher eine geschlechtergerechte Analyse von Klimaschutzmaßnahmen und eine stärkere Einbindung von Frauen in

Entscheidungsprozesse. Im Interview dieser Reihe deckt Ulrike Röhr, Expertin in der Erforschung von Frauen- und Genderperspektiven in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, zusammen mit Kolleginnen auf, inwiefern eine maskulin zentrierte Perspektive in der Klimapolitik dafür sorgt, dass Frauen von den öffentlich aufgebrauchten Mitteln zur Bekämpfung der Klimakrise wesentlich weniger profitieren als Männer.

Alle oben genannten Aspekte einer gendergerechten Finanzpolitik finden sich in einem politischen Konzept wieder: dem Gender Budgeting. Die Idee dahinter ist, dass der Einsatz öffentlicher Mittel grundsätzlich einer Prüfung dahin gehend unterzogen werden muss, inwiefern mit den einzelnen Maßnahmen das Ziel einer geschlechtergerechten Gesellschaft verfolgt wird. Öffentliche Haushalte können so einen wesentlichen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit leisten. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung findet der Begriff des Gender Budgeting Eingang in die Gestaltungslinien der Politik. Diese kommt besonders in Zeiten multipler Krisen zum Tragen. In der Vergangenheit zielten Maßnahmen, beispielsweise aus den verschiedenen Maßnahmenpaketen zur Bekämpfung der Coronakrise, auf solche männlich dominierten Gesellschaftsbereiche ab. Die Situation von Frauen im Erwerbsleben und in der Wahrnehmung von Care-Arbeit wurde dabei nur unzureichend berücksichtigt, was – wenn auch unbeabsichtigt – Geschlechterdisparitäten verstärkt. Dr. Katharina Mader weist im Interview darauf hin, dass Gender Budgeting hier ein Weg zu einer geschlechtergerechteren Verteilung öffentlicher Mittel darstellt.

Wir danken allen Interviewpartnerinnen, die ihre Expertise und ihre Zeit für dieses Projekt zur Verfügung gestellt haben, und hoffen, dass die nachfolgenden Gespräche die Vielfalt einer gendergerechten Finanzpolitik darstellen können.

Reich wird man einfacher, wenn man männlich ist

Interview mit Stefanie Bremer

Männer besitzen im Durchschnitt mehr Vermögen als Frauen. Zudem erben sie mehr und bekommen somit auch häufiger Unternehmen übertragen.

Im Interview mit der Aktivistin und Millionenerbin Stefanie Bremer ergründen wir die Ursachen dafür und tauchen tief in das hartnäckige Vermächtnis des Patriarchats ein. Dabei stellen wir auch die unbequeme Frage, ob wir wirklich schon bereit sind, die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu bekämpfen, oder ob wir uns in erster Linie um die allgemeine Vermögensungleichheit in Deutschland kümmern sollten, die unsere Demokratie bedroht.

Am Ende ist eine Sache klar: Das Vermögen in Deutschland ist ungerecht verteilt und befindet sich vorwiegend in Männerhand. Was muss also passieren, damit Frauen einen gerechteren Zugang zu Vermögenswerten bekommen? Stefanie Bremer hat eine Idee.

Lena Kronenbürger: 10 Prozent der deutschen Bevölkerung halten 67 Prozent des Vermögens. Betrachten wir diese 10 Prozent der wohlhabendsten Menschen Deutschlands näher: Sind mehr Frauen oder mehr Männer im Besitz dieses Vermögens?

Stefanie Bremer: Auf jeden Fall mehr Männer. Reich wird man einfacher, wenn man männlich ist.

„Die vorherrschende Meinung lautet: Männer leiten Unternehmen, Frauen sind für die Familie und soziale Berufe zuständig.“

LK: Wie kommt es, dass Männer in der Regel über ein größeres Vermögen verfügen als Frauen?

SB: Ein Mann bleibt beispielsweise nicht mehrere Monate dem Arbeitsmarkt fern, weil er schwanger ist und sich um den Nachwuchs kümmert. Generell leisten Männer weniger Sorgearbeit als Frauen. Das ist ein Faktor weniger, der den Karriereweg von Männern behindert. Gesellschaftlich sind wir nach wie vor so gepolt, dass die vorherrschende Meinung lautet: Männer leiten Unternehmen, Frauen sind für die Familie und soziale Berufe zuständig. Spätestens seit der Pandemie wissen wir, dass man mit dem Ausüben eines sozialen Berufs nicht unbedingt reich wird, geschweige denn sich einen extravaganten Lebensstil leisten kann.

LK: Inwiefern spiegelt sich diese Vermögensungleichheit auch in der Steuergesetzgebung wider?

SB: Diese krassen Zahlen, dass einfach 10 Prozent der Menschen mittlerweile 67 Prozent des Vermögens in Deutschland halten, werden durch die aktuelle Steuergesetzgebung, die teilweise als verfassungswidrig eingestuft wurde, begünstigt. Es gibt also offene Arbeitsaufträge für die Politik, die geflissentlich ignoriert

werden. Es kann nicht sein, dass ein kleiner Teil der Bevölkerung – ich rede hier von 20.000 bis 30.000 Haushalten bei einer Bevölkerung von 83 Millionen – umfangreiche Steuerprivilegien hat und der ganze Rest nicht. Das finde ich einfach unglaublich ungerecht. Wir alle haben ein Recht darauf, vor dem Gesetz gleichbehandelt zu werden und nicht basierend auf unserem Vermögen.

„Wer wird in der Familie bereits als Nachfolger_in herangezogen?“

LK: Auch bei Unternehmensübertragungen begünstigen Steuersubventionen überwiegend Männer, wie der sogenannte Gender Gift Gap zeigt.

SB: Ein spannendes Ergebnis des Gender Gift Gap ist, dass bei Erbschaften und Schenkungen von mindestens 250 Millionen Euro Frauen nur in 32 Prozent aller Fälle begünstigt wurden und 36 Prozent des steuerbefreiten Unternehmensvermögens erhielten. Doch das sind erst einmal nur Zahlen. Wir benötigen Wissen über die Hintergründe. Doch dazu fehlen leider Statistiken.

LK: Was ist denn Ihre Vermutung, warum Männer mehr erben als Frauen?

SB: Ich halte es für möglich, dass das Patriarchat eine Menge damit zu tun hat und dass deshalb viele Unternehmen nur in männlicher Linie vererbt werden. Dass die Firmenchefs sagen: „Ich hoffe, mein Sohn, mein Enkel oder mein Neffe wird das Unternehmen weiterführen. Da muss ich mir keine Sorgen machen, dass er wegen Familienplanung ausfällt.“ Dabei sind wir heute schon so weit, dass es dank neuen Arbeitszeitmodellen möglich ist, auch mit Familie eine Führungsposition zu übernehmen. Ich kann mir allerdings auch vorstellen, dass die Entscheidung, wem man etwas vererbt, viel mit Prägung zu tun hat. Mit anderen Worten: Wer wird in der Familie bereits als Nachfolger_in herangezogen oder eben auch nicht?

„Die Vermögensungleichheit an sich ist schon demokratiegefährdend.“

Dann würde ich auch aus eigener Erfahrung sagen, dass es Männern wahrscheinlich etwas leichter fällt, eine solche Verantwortung anzunehmen, als Frauen. Wir sehen auch in Studien, dass Frauen ein bisschen zurückhaltender sind, wenn es beispielsweise um Gehaltsverhandlungen geht. So kommt eine Art Teufelskreis zustande: Männer werden als fähig angesehen, Frauen werden eher mit Zurückhaltung oder sogar Selbstzweifeln verbunden – und leiten seltener als Männer Unternehmen. Ich glaube, das verstärkt sich gegenseitig. Aber das ist in meinen Augen auch nicht das Hauptproblem.

LK: Sondern?

SB: Bei Erbschaften von über 200 Millionen Euro müssen wir uns zuallererst darüber im Klaren sein, dass niemand so viel arbeiten kann, dass er dieses Geld selbst verdient hat. Niemand kommt einfach so in den Besitz von acht Autos oder einer griechischen Privatinsel. Es geht um Summen, die sich im Grunde niemand komplett selbst erarbeiten kann. Und wenn doch jemand überdurchschnittlich viel verdient, dann, weil es unter ihm noch etliche Tausende Mitarbeiter_innen gibt, die dieses Vermögen miterarbeiten. Das ist ungerecht, weil es die Arbeit anderer Menschen unsichtbar macht. Wir haben uns einfach noch nie ernsthaft darüber Gedanken gemacht, einen Maximallohn einzuführen.

LK: Halten Sie es also für fehl am Platz, über feministische Steuergerechtigkeit zu sprechen, weil „das große Ganze“, die Steuergerechtigkeit an sich, noch nicht genug Aufmerksamkeit bekommen hat?

SB: Keine Frage: Geschlechterungerechtigkeit ist schlimm. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass die Vermögensungleichheit an sich schon demokratiegefährdend ist. Es ist wichtig, dass wir uns zunächst auf die Gruppen der Vermögenden und der Nichtvermögenden konzentrieren, um einen gerechteren Wandel anstoßen zu können. Wenn wir also über feministische Steuergerechtigkeit sprechen, möchte ich sie nicht kleiner machen, als sie ist. Ich sehe feministische Steuergerechtigkeit nur nicht als Unterpunkt von Steuergerechtigkeit; für mich ist sie ein Unterthema von Feminismus und Gendergerechtigkeit im Allgemeinen. So ist auch der Gender Gift Gap in meinen Augen mehr ein Ausdruck unserer Gesellschaft als ein Spiegelbild der Steuergesetzgebung.

„Vermögende Stifter_innen treffen die Entscheidung, welche gesellschaftlichen Probleme angegangen werden – und welche nicht.“

LK: Welche Folgen hat es jedoch für unsere Wirtschaft, dass Unternehmen überwiegend an Männer vererbt werden?

SB: Nach wie vor kann die eine Hälfte der Gesellschaft in deutlich geringerem Maße Einfluss auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens und wirtschaftlichen Handelns nehmen. Frauen sind schlichtweg unterrepräsentiert. Anders ausgedrückt: Wir haben ein starkes Übergewicht an Werten und Handlungszielen, die in männerdominierten Gruppen üblich sind. Damit geht viel Potenzial verloren.

LK: Was würden Sie sagen, Frau Bremer, wie wird Geld als Machtmittel eingesetzt?

SB: Als nicht vermögender Mensch habe ich seltener die Möglichkeit, ein Start-up zu gründen oder mich in der Politik zu engagieren, weil ich mir zum Beispiel keinen Wahlkampf, keine Berater_innen oder einen teuren Anzug leisten kann, der mich auf Fotos vertrauenswürdig aussehen lässt. Im Allgemeinen gilt: Wenn ich viel Geld habe, kann ich mir zum Beispiel Lobbyist_innen leisten, die meine Meinung vertreten. Dadurch, dass ich andere Leute bezahlen kann, meine Meinung zu vertreten, habe ich Zeit gewonnen und kann mich in der Gesellschaft und vor allem in der Politik viel besser vernetzen. Das ist für jemanden, der nicht vermögend ist, schwieriger.

Ich kann meinen Reichtum auch nutzen, um in den Medien Informationskampagnen zu lancieren und damit Informationen zu verbreiten, die meine Meinung untermauern, meine Projekte unterstützen und damit Aufmerksamkeit kapern, die für andere Dinge wichtiger sein könnte. Ebenso treffen im Philanthropiesektor überwiegend die vermögenden Stifter_innen mit der Gabe ihres Geldes die Entscheidung, welche gesellschaftlichen Probleme angegangen werden – und welche nicht. Und das ohne demokratische Legitimation oder Kontrolle. Brauchen wir als Gesellschaft wirklich ein weiteres Opernhaus oder doch lieber funktionierende Schulen?

LK: Wir haben nun von Ihnen gelernt: Das Vermögen in Deutschland ist ungerecht verteilt und liegt zudem vorwiegend in Männerhand. Was muss passieren, damit Frauen einen gerechteren Zugang zu Vermögenswerten erhalten?

SB: Es fängt mit Bildung an! Und das an verschiedenen Stellen. Leider haben Studien gezeigt, dass Mädchen in naturwissenschaftlichen Fächern tendenziell schlechter bewertet werden als Jungen und dass Jungen in diesen Fächern eher gefördert werden. Wir müssen Lehrer_innen im Idealfall so schulen, dass sie auf diesem Auge nicht blind sind, dies mitbekommen und versuchen, alle gleichzubehandeln. Ich bin auch der Meinung, dass Finanzbildung im Schulunterricht praxisorientierter sein sollte, damit die Schüler_innen keine Angst vor dem Thema haben und in einem sicheren Umfeld Fragen stellen können.

Zu guter Letzt liegt es wirklich an jeder und jedem von uns, unsere eigene Einstellung zu überprüfen und aktiv zu werden. Das bedeutet, wirklich jedes Mal, wenn jemand behauptet: „Ach Frauen, die haben doch eh keine Ahnung von Geld“, zu sagen: „Nein, das sehe ich nicht so.“ Leider gibt es keinen einfachen politischen Rahmen, um mehr Wohlstand in die Hände von Frauen zu bringen. Das ist ein Thema, das wir gesellschaftlich regeln müssen.



Stefanie Bremer

ist Aktivistin und Millionenerbin. Sie gehört durch Erbschaft zu den vermögendsten 5 Prozent in Deutschland und setzt sich für mehr Steuergerechtigkeit ein. Um ihre Familie zu schützen, wenn sie sich öffentlich für eine nachhaltigere Welt mit einer höheren Besteuerung einsetzt, verwendet Stefanie Bremer ein Pseudonym. Sie ist Mitglied von taxmenow e. V., einer Initiative von Vermögenden, die sich aktiv für Steuergerechtigkeit einsetzt.

Eine Ökonomie zu entwickeln, die von der Abhängigkeit des Menschen ausgeht, nicht von seiner Unabhängigkeit, ist eine Herausforderung

Interview mit Prof. Dr. Ulrike Knobloch

Im Interview spricht Prof. Dr. Ulrike Knobloch über die so oft übersehene und unterbewertete Rolle der Care-Arbeit in unserer Gesellschaft.

Ulrike Knobloch gibt tiefe Einblicke in die Ökonomie der bezahlten und unbezahlten Arbeit und hinterfragt, warum die unbezahlte Sorgearbeit trotz ihrer Lebenswichtigkeit nicht angemessen wahrgenommen wird und welche Auswirkungen dies auf die Geschlechterrollen hat. Warum sind Männer in der Sorgearbeit immer noch so viel weniger vertreten als Frauen und wie kann eine gerechte Verteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern erreicht werden?

Die Ökonomin und Philosophin erkundet zudem die Auswirkungen der Auslagerung unbezahlter (Care-)Arbeit und hinterfragt, warum der Haushalt in der Ökonomie seit der Industrialisierung keinen Platz mehr hat.

Lena Kronenbürger: Warum wird in unserer Gesellschaft, in der jeder Mensch auf Fürsorge und Zuwendung angewiesen ist – sei es als Kind oder als pflegebedürftiger Erwachsener –, die lebenswichtige Care-Arbeit oft als selbstverständlich betrachtet und nicht angemessen entlohnt?

Prof. Dr. Ulrike Knobloch: Der Mensch ist von Natur aus ein abhängiges Wesen. Dass wir alle von Fürsorge abhängig sind, wird oft ignoriert, vielleicht weil es so selbstverständlich ist. Die Ökonomie betrachtet den Menschen als unabhängiges, rationales Individuum und hat Schwierigkeiten, den Menschen als Teil einer Gemeinschaft, insbesondere eines Haushalts, zu verstehen. Seit 30 Jahren beschäftige ich mich damit, eine Ökonomie zu entwickeln, die von der Abhängigkeit des Menschen ausgeht, nicht von seiner Unabhängigkeit, was theoretisch wie praktisch eine große Herausforderung ist.

„In einer profitorientierten Gesellschaft gibt es keinerlei Anreiz, unbezahlte Arbeit zu leisten.“

LK: Welche gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren tragen zur Aufrechterhaltung der traditionellen Geschlechterrollen bei und verhindern eine gerechte Verteilung von Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen?

UK: Jungen und Mädchen, Männer und Frauen sind gleichermaßen auf Fürsorge angewiesen. Die Abhängigkeit von Care-Arbeit ist bei beiden Geschlechtern gleich. Doch warum sind Männer in der Sorgearbeit so viel weniger vertreten? Zeitverwendungserhebungen zeigen, dass Frauen immer noch etwa zwei Drittel der unbezahlten Arbeit leisten, Männer nur etwa ein Drittel – mit schwerwiegenden Folgen. So erhalten Frauen im Rentenalter oft weniger Rente als Männer aufgrund ihrer

größeren Beteiligung an der unbezahlten Arbeit und anderen wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben. Von Frauen werden immer noch bestimmte Dinge als selbstverständlich erwartet, zum Beispiel dass sie den Großteil der Kindererziehung übernehmen.

LK: In welchem Umfang sind Frauen heute tatsächlich noch dazu bereit, unbezahlte Care-Arbeit zu leisten?

UK: Immer weniger Frauen sind dazu bereit – und Männer ja auch nicht. Warum sollten sie auch? In einer profitorientierten Gesellschaft gibt es keinerlei Anreiz, unbezahlte Arbeit zu leisten. Deshalb ist es notwendig, sich als Gesellschaft darauf zu verständigen, wie lebensnotwendige Aufgaben in Zukunft gerecht verteilt werden sollen. Leider sind wir noch weit von diesem Punkt entfernt.

LK: Wie wirkt sich die Auslagerung von Care-Arbeit, wie beispielsweise die Kinderbetreuung zur Entlastung von Eltern, auf die Gesellschaft aus, und inwieweit ist diese Praxis eine nachhaltige Lösung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

UK: Als Gesellschaft haben wir in den letzten 50 Jahren viel Care-Arbeit ausgelagert, insbesondere weil Frauen vermehrt erwerbstätig geworden sind. Kindergärten, Ganztagschulen, Fertiggerichte und Restaurantbesuche sind nur einige Beispiele dafür. Aber diese Auslagerung von früher unbezahlter Arbeit in die bezahlten Bereiche hat nicht dazu geführt, dass die Geschlechterthematik vom Tisch ist. Wenn wir überlegen, wer in Kitas zuständig ist, wer den Reinigungsdienst durchführt, wer im Haushalt putzt, wer zu Hause pflegt und in ambulanten Pflegediensten tätig ist, dann stellen wir fest, dass Frauen immer noch diese Aufgaben übernehmen. Dabei sind diese Jobs oft schlecht bezahlt und bieten nur geringe Aufstiegschancen.

„Als Gesellschaft ist es wichtig, dass wir endlich anerkennen, wie lebenswichtig die Betreuung von Kindern und die Pflege von älteren Menschen sind. Diese Aufgaben sollten nicht allein den Frauen zugeordnet werden.“

Es muss betont werden, dass diese Auslagerung von Care-Arbeit eine gewisse Entlastung für Familien und insbesondere Frauen gebracht hat, aber gleichzeitig auch zur Prekarisierung bezahlter Arbeit beigetragen hat. Vieles von dem, was Frauen früher unbezahlt zu Hause gemacht haben, wurde in die bezahlten Bereiche ausgelagert. Aber jetzt werden diese Tätigkeiten von schlecht bezahlten Arbeitnehmerinnen übernommen. Es ist also wichtig, nicht nur die Auslagerung von Care-Arbeit zu betrachten, sondern auch die Arbeitsbedingungen in den bezahlten Bereichen zu verbessern, um ein faires und zukunftsfähiges System zu schaffen.

LK: Wie können wir als Gesellschaft die Bedeutung und Wertschätzung von Care-Arbeit stärken, um jenen, die diese wichtige Arbeit leisten, den gebührenden Respekt zu zollen?

UK: Als Gesellschaft ist es wichtig, dass wir endlich anerkennen, wie lebenswichtig die Betreuung von Kindern und die Pflege von älteren Menschen sind. Diese Aufgaben sollten nicht allein den Frauen zugeordnet werden. Wir müssen uns bewusst machen, dass dies grundlegende Tätigkeiten sind, auf die wir alle angewiesen sind, um gut versorgt zu sein und zu bleiben. Doch stattdessen konzentrieren wir uns oft auf finanzielle Investitionen und vernachlässigen dabei die sozialen Dienste, die für eine funktionierende Gemeinschaft so essenziell sind. Statt soziale Dienstleistungen abzubauen, müssen wir sie stärken und verbessern. Denn was nützt uns am Ende ein toller Job, wenn später keine angemessene Pflege verfügbar ist?

Die Coronapandemie hat uns gezeigt, wie wichtig ein starkes soziales Netzwerk ist. Wir brauchen eine Gemeinschaft, die uns unterstützt und auf die wir uns verlassen können, vor allem, aber nicht nur dann, wenn wir selbst nicht mehr alles schaffen. Deshalb sollten wir uns wieder darauf besinnen, dass es nicht allein die Verantwortung der Familie ist, Kinder zu erziehen oder ältere Menschen zu betreuen. Wir brauchen mehr Solidarität und Unterstützung von allen in der Gesellschaft, damit wir uns gegenseitig helfen können. Denn, wie das berühmte afrikanische Sprichwort sagt: „Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf.“

LK: Wie könnte dieser „Dorfgedanke“ konkret umgesetzt werden und inwiefern braucht es dazu politische Unterstützung?

UK: Wir müssen Strukturen schaffen und gestalten, die ein gemeinschaftliches Miteinander ermöglichen. Es gibt bereits einige Projekte, die als „Caring Commons“ bezeichnet werden können. Elinor Ostrom, die erste Frau, die den Nobelpreis erhalten hat, hat deutlich gemacht, wie stark unsere Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme auf dem Privateigentum basieren und was es bräuchte, um funktionierende Commons-Strukturen aufrechtzuerhalten. In den Wirtschaftswissenschaften ist noch immer das Konzept der „Tragedy of the Commons“ verbreitet. Das bedeutet, wenn jede_r auf ein Gemeingut zugreift, ist es schnell erschöpft oder nicht mehr funktionsfähig. Doch Elinor Ostrom hat gezeigt, wie es möglich ist, Gemeingüter aufrechtzuerhalten.

LK: Wenn wir von Care-Arbeit sprechen, reden wir häufig auch von Hausarbeit, die erledigt werden muss. Doch was bedeutet der Begriff „Haushalt“ in der Ökonomie und wie ist er im Kontext der Sorgearbeit zu verstehen?

UK: Als Wirtschaftswissenschaftlerin betrachte ich den Haushalt als wichtige Institution im Wirtschaftssystem, die oft vernachlässigt wird. Dabei schaue ich mir vor allem die unbezahlte Versorgungsarbeit an, die im Haushalt geleistet wird, um das Überleben und ein gutes Leben zu sichern. Im Haushalt wird aber auch bezahlte Arbeit geleistet, wie zum Beispiel die Pflege

älter Menschen durch ausländische Arbeitskräfte. Dadurch wird der private Haushalt zu einer globalen Institution, die nicht nur auf nationaler Ebene betrachtet werden kann.

Der Haushalt ist die Basis des Wirtschaftens. Das haben von der Antike bis ins Mittelalter hinein eigentlich alle, die sich mit ökonomischen Fragen beschäftigt hatten, auch immer so gesehen. Erst mit der industriellen Revolution und den klassischen Ökonomen seit Adam Smith fällt der Haushalt als ökonomische Institution aus der wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung heraus. Aber der Haushalt ist eine zentrale ökonomische Institution. Meinen Studierenden sage ich deshalb immer: Der Haushalt ist genauso wichtig wie Unternehmen, Staat und Non-Profit-Organisationen. Dann wundern sie sich, weil der Haushalt in der ökonomischen Lehre keinen großen Platz mehr einnimmt.

„Eine Stunde ist eine Stunde, egal ob ich sie bezahlt oder unbezahlt für Arbeit aufwende.“

LK: Wie sehen Ihrer Meinung nach die geeigneten Maßnahmen in Wissenschaft und Politik aus, um die Bedeutung unbezahlter Arbeit anzuerkennen?

UK: Meine Hauptforderung wäre, in den Wirtschaftswissenschaften ganz selbstverständlich die Geschlechterforschung zu integrieren. Die Politik betreffend sind es dann daraus hergeleitete Punkte. Da fordere ich eine gerechte Entlohnung für die bezahlte Sorgearbeit und mehr Anerkennung für die unbezahlten Tätigkeiten im Haushalt. Eine Stunde ist eine Stunde, egal ob ich sie bezahlt oder unbezahlt für Arbeit aufwende. Auch an der Frauenarmut, die vor allem im Alter immer noch viel höher ist als bei Männern, muss sich dringend etwas ändern.

Im letzten Jahr wurde ein Gesetz verabschiedet, das alle zehn Jahre eine Erhebung der Zeitverwendung festschreibt. Das ist zwar ein guter Anfang, aber wenn wir bedenken, dass die unbezahlte Arbeit genauso wichtig ist und in der Summe mehr Stunden erfordert als die bezahlte Arbeit, müssen die Daten zur unbezahlten Arbeit viel öfter erhoben werden. Wie bei der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sollten diese Daten zumindest jährlich erhoben werden, um die Veränderungen und Verschiebungen in der Arbeitsbelastung festzuhalten. Obwohl es teuer und aufwendig ist, ist es notwendig, um die Bedeutung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit im Wirtschaftssystem angemessen berücksichtigen zu können.

LK: Inwiefern hilft es den Unternehmen und dem gesellschaftlichen Wohlstand, wenn Care-Arbeit Privatsache ist?

UK: Die Sorgearbeit ist zum einen der Rückhalt für Wirtschaft und Gesellschaft und zum anderen werden im Bereich sozialer Dienstleistungen immer noch viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Automobilindustrie benötigt heute viel weniger menschliche Arbeitskraft, während wir in der Pflege immer mehr Personal brauchen. Leider sind die Arbeitsbedingungen in diesem

Bereich oft schlecht und die Bezahlung niedrig. Das führt dazu, dass viele Mitarbeitende kündigen und in andere Bereiche wechseln. Doch höhere Löhne für soziale Dienstleistungen zu zahlen, hätte Konsequenzen, die wir uns klarmachen müssen. Zum Beispiel könnten durch eine bessere Bezahlung von Kita-Beschäftigten die Elternbeiträge steigen. Eine andere Lösung wäre es, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, indem beispielsweise die Arbeitszeitpläne besser an die Wünsche und Bedürfnisse der Mitarbeiter_innen in der Pflege angepasst werden.

LK: Der Begriff „Care-Arbeit“ lädt aktuell geradezu dazu ein, das zu tun, was wir in diesem Interview getan haben, nämlich über Geschlechtergerechtigkeit zu sprechen. Wofür steht Sorgearbeit in Ihren Augen noch?

UK: Das Sorgen für sich und andere ist etwas, was zutiefst mit unserem Menschsein zu tun hat. Die Sorgearbeit macht uns die Abhängigkeit aller Menschen bewusst. Ohne Sorgearbeit würden wir unser Menschsein verlieren.



Prof. Dr. Ulrike Knobloch

ist Ökonomin und Philosophin, deren Forschung sich auf die Sozialökonomie der bezahlten und unbezahlten Arbeit konzentriert. Als Professorin für Ökonomie und Gender an der Universität Vechta ist sie eine anerkannte Expertin auf dem Gebiet der Geschlechterforschung in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsethik. Sie forscht seit Langem zu Themen der Sorgeökonomie wie der geschlechtsspezifischen Verteilung der Care-Arbeit.

Gleich viel Erwerbsarbeit zu leisten bedeutet nicht automatisch, dass die Care-Arbeit gleich verteilt ist

Interview mit Patricia Cammarata

Warum tragen Frauen meist die größte Verantwortung für die Hausarbeit und die Organisation der Familie?

Die Autorin Patricia Cammarata erklärt im Gespräch, wie sich die unterschiedliche Sozialisation von Frauen und Männern auf die Care-Arbeit auswirkt. Sie zeigt außerdem, welche politischen und privaten Maßnahmen erforderlich sind, um eine gerechtere Arbeitsteilung zu ermöglichen und Sorgearbeit und Mental Load sichtbarer zu machen.

Lena Kronenbürger: Lassen Sie uns über die Arbeitsteilung in Familien sprechen. Auf einer Skala von 1 bis 6, welche Note würden Sie Deutschland in dieser Hinsicht derzeit geben?

Patricia Cammarata: Eine glatte 4.

„Wenn man sich Paare anschaut, die in Vollzeit arbeiten, dann ist es immer noch so, dass die Frau über 40 Prozent mehr Sorgearbeit übernimmt.“

LK: Was läuft schief?

PC: Oft wird angenommen – als sei es ein Naturgesetz –, dass Frauen, wenn sie weniger verdienen, mehr für Kinder und Haushalt tun sollten. Spannend ist daher ein Blick auf die Zahlen von Paaren, die Vollzeit arbeiten. Hier zeigt sich, dass es immer noch die Frauen sind, die mehr als 40 Prozent der Sorgearbeit übernehmen. Gleich viel Erwerbsarbeit zu leisten bedeutet ebensowenig automatisch, dass die Care-Arbeit gleich verteilt ist.

LK: Was versteht man genau unter Care- bzw. Sorgearbeit?

PC: Hierbei handelt es sich um Tätigkeiten des Sich-Kümmerns. Zwei Aspekte fallen unter Care-Arbeit. Der erste ist die Arbeit, die mit Menschen zu tun hat, also die Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen. Unsere Gesellschaft altert zusehends und über 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden privat gepflegt. Zum anderen gibt es die indirekte Arbeit, sprich alles, was unterstützend zu tun ist, wie Instandhaltungen, Garten- und Hausarbeit oder Einkaufen.

LK: Sie sind als Mental-Load-Expertin bekannt. Inwiefern trägt dieser Aspekt zu der ungerecht verteilten Care-Arbeit bei?

PC: Mental Load könnte man als Projektmanagement auf den Punkt bringen. Mit anderen Worten: die gesamte Organisation, das Nachdenken darüber, das Angehen der einzelnen Aufgaben, die notwendig sind, um den Alltag zu organisieren. Dabei geht es nicht nur um Familien mit Kindern, sondern auch um Paarbeziehungen oder Familien, in denen Angehörige gepflegt werden. Alles immer auf dem Schirm zu haben, schafft eine Hierarchie: Es gibt „die Projektleiterin“, die alles im Blick hat und weiß, was zu tun ist, und dann hat man im besten Fall „eine Hilfskraft“ in Form eines Partners, der darauf wartet, dass man ihm Aufgabenpakete zuweist. Das ist eine Schiefelage.

„Frauen haben oft das Gefühl, dass sie keine wirkliche Wahl haben, denn wenn sie sich nicht um etwas kümmern, werden sie schnell als Rabenmutter oder als schlechte Partnerin abgestempelt.“

Mental Load steht in direktem Zusammenhang mit Care-Arbeit, also den Beziehungen, die wir haben. Ein Beispiel dafür ist die Entscheidung, ob man mit einem fiebernden Kind zum Kinderarzt gehen sollte oder nicht. Dieser Verantwortungsdruck kann eine große Herausforderung sein und lastet meist schwer auf den Frauen.

LK: Wie sieht es mit der gleichberechtigten Arbeitsteilung bei kinderlosen Paaren aus?

PC: Auch bei kinderlosen Paaren neigen Frauen dazu, mehr Care-Arbeit zu übernehmen. Sie kümmern sich mehr um den Freundeskreis und familiäre Kontakte, aber auch um all die indirekten Arbeitsthemen. Angefangen bei der Frage, wer daran denkt, dass Seife nachgekauft, die Pflanze gegossen oder die Bettwäsche gewechselt werden muss. Bei der meist unsichtbaren Sorgearbeit geht es also vor allem darum, wer alles im Kopf hat.

LK: Es wird sicher viele Menschen geben, die dieses Interview nun lesen und sich dabei denken: „Das machen wir in unserer Partnerschaft besser.“ Woran merkt man, dass man sich die Care-Arbeit doch nicht so ausgewogen teilt, wie man vielleicht denkt?

PC: Ein Klassiker ist: „Mein Partner hilft mir bei der Hausarbeit.“ Da muss man sich schon fragen: Wie kann er in seinem eigenen Haushalt helfen? Hinzu kommt die Sozialisation der Frauen. Sie haben oft das Gefühl, dass sie keine wirkliche Wahl haben, denn wenn sie sich nicht um etwas kümmern, werden sie schnell als Rabenmutter oder schlechte Partnerin abgestempelt. Es ist also sozusagen der Normalzustand, als Frau Care-Arbeit zu leis-

ten. Das ist ein großes Problem, denn zu der Belastungssituation gesellt sich somit noch mangelnde Wertschätzung. Es ist aber gerade die Wertschätzung, die zu einer Verringerung des Stresspegels führt. Viele denken oft immer noch, dass Care-Arbeit für Männer etwas Freiwilliges ist, das „on top“ zu ihrer Erwerbsarbeit geleistet wird. So wird ihnen auch oft Dankbarkeit entgegengebracht, wenn sie den Müll rausbringen oder Geburtstagsgeschenke besorgen.

LK: Bisher haben wir von Ihnen gelernt, dass es als völlig normal angesehen wird, dass Frauen Care-Arbeiten übernehmen und dass Männer, wenn sie Sorgearbeit leisten, als Helden gefeiert werden, um es mal überspitzt auszudrücken. Wann werden diese gesellschaftlichen Verhaltensweisen erlernt?

PC: Wir lernen von klein auf, sozusagen geschlechtsspezifisch, was Anerkennung bringt und was unsere Aufgaben sind. Das beginnt im Grunde schon vor der Geburt. Wenn jemand schwanger ist, fragen die Leute oft sofort nach dem Geschlecht: „Was wird es denn?“ Das ist in der Regel lieb gemeint, aber lassen Sie uns genauer hinschauen: Warum ist das eine so zentrale Frage? Weil die Antwort uns auf zukünftige Rollen vorbereitet und schon ganz klar zeigt, wer für was zuständig ist. Schon bei Fünfjährigen ist es so, dass sich Mädchen deutlich mehr an der Hausarbeit beteiligen und öfter ihr Zimmer aufräumen. Das fängt früh an, und deshalb ist es auch im Erwachsenenalter nicht so einfach zu sagen: „Na, dann putz ich jetzt halt weniger.“

„Es gibt in meinen Augen sehr viele politische Hebel, die bisher leider nicht genutzt werden.“

LK: Meine Sozialisation ist also der Grund, weshalb ich meine Wohnung putze, bevor Freund_innen zu Besuch kommen.

PC: Im Grunde genommen ja. Frauen haben so hohe Ansprüche, weil sie wissen, dass sie verurteilt werden, wenn die Wohnung nicht aufgeräumt und sauber ist. Der unausgesprochene Gedanke ist meist nicht, der Mann hätte womöglich den Haushalt vernachlässigt. Viele schreiben nämlich Sauberkeit und Ordnung automatisch der Frau zu – und als Frau spürt man diesen Druck. Es ist also so etwas wie vorauseilender Gehorsam: Die Frau kümmert sich darum, dass es so aussieht, wie man es erwarten würde.

LK: Welche Hebel sehen Sie, um auf politischer Ebene für eine fairere Arbeitsteilung in Familien zu sorgen?

PC: Es gibt in meinen Augen sehr viele politische Hebel, die bisher leider nicht genutzt werden. Angefangen beim Steuerrecht und dem Ehegattensplitting, das sozusagen das Konstrukt eines finanziellen Versorgers und einer Familienarbeiterin unterstützt. Dann gibt es das Problem, dass in Vollzeit zu arbeiten immer noch eine 40-Stunden-Woche bedeutet. Ich spreche nicht davon, dass alle Männer in Teilzeit arbeiten sollen, sondern dass es

messbare Effekte gibt, wenn man zwei bis vier Stunden weniger pro Woche arbeitet. So kann man zum Beispiel gesellschaftlich darüber nachdenken, wie Care-Arbeit fairer aufgeteilt werden kann. Ein weiterer Punkt, der politisch stärker gesteuert werden könnte, ist die Entwicklung der Mieten. Eine Mietobergrenze wäre ein großer Faktor für Familien, die sich fragen: Können wir es uns überhaupt leisten, weniger zu arbeiten? Schaffen wir es, in der Stadt wohnen zu bleiben? Dann kommt natürlich noch die Kinderbetreuung ins Spiel – diese sollte nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ausgebaut werden. Für einige Berufe, wie beispielsweise die Krankenpflege, sind Randzeiten wichtig. Vielen hilft es nur bedingt, wenn die Kita um 16 Uhr schließt.

„Es wird immer mehr Allgemeinwissen, dass es grundsätzlich eine Schieflage in der Verteilung von Care-Arbeit gibt.“

LK: Eine Konstellation, die sich oft ergibt, wenn man Kinder hat, ist die eines Hauptverdieners und einer Teilzeitverdienerin. Welche Schwierigkeiten sehen Sie hier vor allem für Frauen?

PC: Wenn Frauen in Teilzeit und in schlecht bezahlten Branchen arbeiten, haben sie nicht nur das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern sie können mit ihrem Einkommen im Grunde genommen nicht ihre eigene finanzielle Existenz sichern und ihre berufliche Karriere vorantreiben. Sie sind wirtschaftlich abhängig. Diese sogenannten Frauenberufe müssen aufgewertet werden. Dass man also nicht sagt, Frauen sind selbst schuld, wenn sie in schlecht bezahlten Branchen arbeiten, sondern dass man anerkennt, dass es sich um Branchen handelt, die für unsere Gesellschaft sehr wichtig sind.

LK: Was gibt Ihnen trotz des Missverhältnisses bei der Verteilung von Care-Arbeit Hoffnung?

PC: Es gibt viele Beispiele, die mir Hoffnung machen, sowohl im Kleinen als auch im Großen, die nur nach wie vor nicht mehrheitsfähig sind. Es gibt natürlich Länder, in denen die politischen Stellschrauben anders gesetzt sind. Der skandinavische Raum ist immer ein typisches Beispiel, aber es stimmt: Hier wird die Elternzeit anders aufgeteilt und an die Bedingung geknüpft, dass Männer sich gleich viel einbringen, was dann auch im Berufsleben den Effekt hat, dass die Überstundenkultur nicht mehr in der Form betrieben wird, wie wir sie jetzt erleben.

Es hat sich in den Köpfen der Menschen dahin gehend gedreht, dass sie sich um Leute sorgen, die um 18 Uhr noch auf der Arbeit sitzen, weil sie sich denken: „Die Person hat eine Familie. Ist da irgendetwas nicht in Ordnung, wenn sie lieber arbeitet?“ Man sieht daran, dass die politischen Rahmenbedingungen einen starken und positiven Einfluss auf die private Gestaltung haben können. Auch in meinem eigenen Umfeld kann ich sehen, dass endlich diskutiert wird, andere Entscheidungen getroffen wer-

den und die Paare sich nicht nach drei Jahren mit Kind überrascht und erschöpft fragen: „Wir waren doch mal modern, oder nicht? Warum leben wir jetzt eigentlich wie in den 1950er Jahren?“ Das finde ich schön zu sehen. Außerdem wird es immer mehr zu einer Art Allgemeinwissen, dass es grundsätzlich eine Schieflage in der Verteilung von Care-Arbeit gibt. Das hilft den Menschen, aktiv zu werden und zu schauen, was man dagegen persönlich und politisch tun kann.



Patricia Cammarata

ist als Autorin und Bloggerin bekannt und schreibt unter anderem unter dem Online-Pseudonym dasnuf. Sie hat den Begriff „Mental Load“ in Deutschland bekannt gemacht und gibt in ihrem Buch *Raus aus der Mental-Load-Falle: Wie gerechte Arbeitsteilung in der Familie gelingt* Anregungen, wie Verantwortlichkeiten gerecht aufgeteilt werden können

An Geschlechterperspektive fehlt es bei der Klimapolitik nach wie vor

Interview mit Ulrike Röhr

Ulrike Röhr entlarvt in diesem Interview die versteckten Geschlechterungleichheiten in der Klimapolitik und fordert eine dringend notwendige feministische Perspektive auf die globale Klimakrise.

Die Soziologin deckt auf, wie Machtverhältnisse und Entscheidungsprozesse in der Klimapolitik das Geschlechterverhältnis beeinflussen, und zeigt, wie Klimagerechtigkeit und Gendergerechtigkeit Hand in Hand gehen sollten.

Sie konfrontiert uns mit der unbequemen Wahrheit, dass Frauen und Männer von den Auswirkungen des Klimawandels und den Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise unterschiedlich betroffen sind, und verrät, was entscheidend ist, um sowohl eine gerechtere als auch nachhaltigere Zukunft für alle zu schaffen.

Lena Kronenbürger: Was hat Klimapolitik mit Feminismus zu tun?

Prof. Dr. Ulrike Röhr: Für mich bedeutet Feminismus das Infragestellen der patriarchalen bzw. männlich dominierten Machtverhältnisse. Wenn wir also über Feminismus in Bezug auf Klimapolitik sprechen, muss man sich eigentlich nur angucken, wer bestimmt, was für den Klimaschutz gemacht wird. In der Wirtschaft, Politik und Umweltverbänden sind es oft Männer, die diese Entscheidungen aus ihrer männlich geprägten Perspektive treffen. Das hat Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse, die nicht nur die Erwerbsarbeit betreffen, sondern auch die Zuschreibung und Verteilung von unbezahlter Arbeit oder Freizeitaktivitäten.

„Es geht nicht nur um die direkten Folgen des Klimawandels, sondern auch um die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels.“

LK: Klimagerechtigkeit und Gendergerechtigkeit gehen also für Sie Hand in Hand.

UR: Ja, allerdings sollten wir dabei nicht nur internationale Ungerechtigkeiten oder Generationengerechtigkeit betrachten, wie es bei Fridays For Future häufig der Fall ist. Es geht auch um die Gerechtigkeit innerhalb der Generationen. Hierbei sind feministische Politik und geschlechtergerechte Klimapolitik gefragt, um genau zu betrachten, welche Auswirkungen sie haben. Das ist für mich der Schlüssel zur Gerechtigkeit, wenn man alle Facetten betrachtet.

LK: Wenn man über Genderaspekte des Klimawandels spricht, denken viele sofort an Frauen im globalen Süden, da sie dort überproportional unter den bereits eingetretenen Auswirkungen des Klimawandels leiden. Wie aber sieht es in Deutschland aus?

UR: Es stimmt, diese Probleme, ausgelöst durch den Klimawandel, sind Realität im globalen Süden – und deutlich sichtbarer als die Auswirkungen des Klimawandels im globalen Norden. Aber wenn man über Gender und Klima redet, dann sollten nicht nur lange Wege oder kein Trinkwasser in den Kopf kommen. Denn es geht nicht nur um die direkten Folgen des Klimawandels, sondern auch um die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, die hierzulande stärker ins Spiel kommen als im globalen Süden. Diese Maßnahmen haben unterschiedliche Auswirkungen, abhängig von der Beteiligung und den Machtverhältnissen. Faktoren wie ökonomische Verhältnisse und die Aufteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern in Bezug auf Versorgungsarbeit spielen eine große Rolle.

„Für mich bedeutet Feminismus das Infragestellen der patriarchalen bzw. männlich dominierten Machtverhältnisse. Wenn wir also über Feminismus in Bezug auf Klimapolitik sprechen, muss man sich eigentlich nur angucken, wer bestimmt, was für den Klimaschutz gemacht wird.“

LK: Der Zusammenhang von Klimaschutzmaßnahmen und der Geschlechterverteilung in der Care-Arbeit ist nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Könnten Sie diesen näher erläutern?

UR: Durch den Klimawandel kann Mehrarbeit auf diejenigen zukommen, die Care-Arbeit leisten – immer noch vorrangig Frauen. Hitzewellen oder Hochwasserkatastrophen sind eine Herausforderung für alle, aber besonders für diejenigen, die für Kinder, Kranke und Alte sorgen. Mit den Klimaschutzmaßnahmen kann diese Arbeit unterstützt oder behindert werden. Wenn zum Beispiel in Städten autofreie Zonen eingerichtet werden, wird dadurch Platz für Grünflächen frei. Die helfen gegen den Klimawandel und tragen dazu bei, Hitze zu mildern. Gleichzeitig werden damit Kommunikationsräume hergestellt, in denen Kinder auch mal unbeaufsichtigt spielen können, Kontakte und der Austausch zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ermöglicht und Nachbarschaften gestärkt werden. Dagegen wehrt sich aber die Autofahrer_innenlobby und hat das Recht auf ihrer Seite, weil in Deutschland das Auto immer noch Vorrang vor allen anderen Verkehrsteilnehmer_innen hat.

LK: Welche Maßnahmen werden aktuell in Deutschland zur Bekämpfung des Klimawandels umgesetzt?

UR: Ich greife jetzt mal die Maßnahmen heraus, die die Privathaushalte betreffen. Da geht es zum einen um die energetische

Sanierung von Gebäuden, zum anderen um den Austausch von Heizungen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Das ist auch dringend nötig, da hätte in der Vergangenheit schon viel mehr gemacht werden müssen. Aber: Nicht alle Hausbesitzer_innen können sich das finanziell leisten. Gerade die älteren, schlecht oder gar nicht gedämmten Einfamilienhäuser werden häufig von Rentner_innen genutzt, deren Einkommen am Rande der Armutsgrenze liegt. Häufig sind dies – unter anderem aufgrund der höheren Lebenserwartung – ältere Frauen, die sich die Sanierung selbst bei finanzieller Förderung nicht leisten können. Gleiches gilt für den Heizungsaustausch. In beiden Fällen bedarf es sehr zielgerichteter Unterstützung.

LK: In Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen spielt die sogenannte Klimafinanzierung eine wichtige Rolle. Was genau steckt dahinter?

UR: Im internationalen Kontext bezieht sich Klimafinanzierung, einfach erklärt, auf Geldmittel, die eingesetzt werden, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern und den Klimawandel zu bekämpfen, besonders im globalen Süden. Das bedeutet, dass Geld bereitgestellt wird, um Ländern zu helfen, sich an den Klimawandel anzupassen und ihre Gesellschaften zu transformieren. Dieses Geld wird vor allem von Industrieländern zur Verfügung gestellt.

Bei uns stellt sich die Frage, wie das Geld für die Finanzierung von Klimaprojekten und Maßnahmen generiert und verteilt wird. Aktuell kommt viel Geld aus der CO₂-Bepreisung, die 2021 auf Wärmeenergie und Mobilität ausgeweitet wurde. Dadurch werden Heizenergie und Kraftstoffe teurer. Im letzten Wahlkampf haben SPD und Grüne für ein Klimageld geworben, um einen Teil der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zurück an die Bevölkerung zu verteilen. Allerdings ist das Klimageld seit der Ampelkoalition nicht mehr im Fokus. Die CO₂-Bepreisung bleibt trotzdem bestehen – und sie betrifft die Geschlechter sehr unterschiedlich.

LK: Inwiefern?

UR: Frauen haben beispielsweise einen höheren Wärmebedarf, und zwar nicht, weil sie sich falsch kleiden, sondern weil ihr Grundumsatz anders ist als der von Männern. Außerdem halten sie sich auch viel länger in ihren Wohnungen auf – leider oft in schlecht gedämmten Wohnungen –, da sie häufiger in Teilzeit arbeiten, um zum Beispiel für Familienangehörige zu sorgen. Dadurch kommen natürlich höhere Energiekosten auf sie zu. So sind Frauen auch stärker als Männer von Energiearmut betroffen. Dies sollte man immer auch im Hinterkopf behalten, wenn Maßnahmen geplant werden.

„Es profitieren vorrangig Männer.“

LK: Welche politischen Instrumente oder Strategien werden eingesetzt, um Energiearmut zu reduzieren?

UR: Um ärmeren Haushalten zu helfen, gibt es höhere Zuschüsse. Allerdings herrschen in der Politik unterschiedliche Meinungen

darüber, ob alle Haushalte die gleichen Zuschüsse erhalten sollten oder ob einkommensschwächere Haushalte mehr Unterstützung benötigen. Es gibt Vorschläge, dass ärmere Haushalte größere Zuschüsse erhalten als reichere Haushalte, die weniger oder gar keine Zuschüsse benötigen. Diese werden in der Politik diskutiert, aber in der Vergangenheit wurden Zuschüsse oft gleichmäßig wie mit der Gießkanne verteilt, unabhängig von der finanziellen Situation der Empfänger_innen. Dies hat zur Folge, dass ärmere Haushalte weniger Unterstützung erhalten, weil das Geld nur einmal verteilt werden kann. Diese Verteilungsmethode reicht für einkommensschwache Haushalte oft nicht aus, bei Haushalten mit hohem Einkommen fallen sie nicht ins Gewicht, weil sie nicht benötigt werden.

LK: Inwiefern wirkt sich die allgemeine, gießkannenartige Verteilung auf die Geschlechterverhältnisse aus?

UR: Ganz einfach: Frauen sind nicht nur öfter als Männer von Energiearmut betroffen, sondern auch von Armut allgemein. Wenn man genau hinschaut, wer wie viel verdient, wird das bekannte Geschlechtergefälle bei den Einkommen, das Gender Pay Gap, deutlich. In Einkommensgruppen bis 1.500 Euro netto sind mehr Frauen vertreten. Ab einem Einkommen von 1.501 Euro überwiegen jedoch die Männer, und je höher das Einkommen, desto größer wird die Kluft zwischen Männern und Frauen.

Diejenigen, die weniger Geld haben, sind also zu einem großen Anteil Frauen. Es ist daher wichtig, dass in diesen Diskussionen die Bedürfnisse und Herausforderungen von einkommensschwächeren Haushalten berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass alle Bürger_innen gleichermaßen von den Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels profitieren können bzw. bei den Kosten Unterstützung erhalten. Denn aktuell werden Gelder häufig so verteilt, dass sie eher bestimmten Gruppen zugutekommen. Klar ausgedrückt: Es profitieren eher Männer. Das Problem ist, dass Klimapolitik oft aus einer androzentrischen, also aus einer männerzentrierten Perspektive geplant und formuliert wird, wodurch andere Aspekte vernachlässigt werden.

LK: Haben Sie Beispiele für klimapolitische Maßnahmen, die tatsächlich eher Männer begünstigen?

UR: Die Erhöhung der Pendlerpauschale und Zuschüsse für Elektroautos sind zum Beispiel Maßnahmen, von denen eher Männer profitieren, da sie mehr pendeln und eher Elektroautos kaufen. Ich habe mir mal die Mühe gemacht und geguckt, wer welche Autos kauft. Und siehe da, deutlich weniger Frauen kaufen Elektroautos, da sie einfach teurer sind.

Ein weiteres Beispiel ist die Wohnsituation von Frauen. Wenn sie alleinstehend sind, leben sie oft in kleinen Wohnungen, die schlecht gedämmt sind und sich in Stadtgebieten mit hoher Luft- und Lärmverschmutzung befinden. Frauen sind in dieser Hinsicht mehrfach benachteiligt, da sie oft die geringsten Möglichkeiten haben, Energie zu sparen. Sie haben als Mieterinnen keine Möglichkeit, ihre Wohnung zu dämmen, da sie nicht Eigentümerinnen sind. Und wenn die Eigentümer_innen ihre

Wohnhäuser dämmen erhöht sich dadurch die Miete und die Mieter_innen werden verdrängt.

Die ökonomischen Auswirkungen der Wohnsituation von Frauen sind heftig und haben auch Auswirkungen auf andere Aspekte der Geschlechterungleichheit, wie die Hausarbeit und Versorgungsarbeit zu Hause. Frauen und einkommensschwache Haushalte werden oft aufgefordert, Energie zu sparen. Doch aus Klimaschutzperspektive geht es nicht darum, dass arme Haushalte Energie einsparen, sondern dass die einkommensstarken Haushalte ihren Beitrag zur Reduzierung des Klimawandels leisten, da sie den absolut größten Teil zum Klimawandel beitragen. Der Einsatz zur Energieeinsparung kann auch zu einer zusätzlichen Belastung führen. Waschmaschinen in der Nacht einzustellen, weil da die Energie am billigsten ist, hat nämlich auch wieder Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen.

„Das Problem ist, dass Klimapolitik oft aus einer männerzentrierten Perspektive geplant und formuliert wird.“

LK: Welche Aspekte der aktuellen Klimapolitik könnten optimiert werden, um soziale und geschlechtsspezifische Belange besser zu berücksichtigen?

UR: Vor allem in den letzten fünf Jahren hat sich die Klimapolitik insofern verbessert, als dabei soziale Aspekte stärker berücksichtigt werden. Auch wenn angesichts der Steigerung der Energiepreise die sozialen Aspekte deutlich stärker in den Vordergrund gerückt sind, heißt das leider trotzdem nicht automatisch, dass die Geschlechterperspektive in den Vordergrund rückt. Daran fehlt es bei der Klimapolitik also nach wie vor. Seit 2001 sind Ministerien in Deutschland dazu verpflichtet, alle Maßnahmen und Gesetze auf ihre Geschlechterwirkung hin zu überprüfen, aber es passiert letztendlich nichts und wenn doch, dann wird nur eine Box angekreuzt, in der steht, dass keine Auswirkungen auf die Geschlechter feststellbar sind. Um dieses Problem anzugehen, setzen wir uns massiv dafür ein, dass für alle Maßnahmen ein sogenanntes Gender Impact Assessment durchgeführt wird. Das ist ein Instrument, um sicherzustellen, dass auch Menschen in Ministerien und in der Industrie, die sich fragen, was Klimaschutz mit Geschlechterfragen zu tun hat, eine klare Antwort bekommen.

LK: Nun haben wir viel über die nationale Klimapolitik geredet. Wie sieht es auf internationaler Ebene aus?

UR: Die Klima-Außenpolitik muss insgesamt kohärent und glaubhaft sein. Dies kann nur gelingen, wenn sowohl die nationale als auch die internationale Klimapolitik geschlechtergerecht gestaltet werden. Ich persönlich finde es etwas problematisch, dass immer mehr Politikbereiche sich heutzutage als feministisch bezeichnen, sei es die feministische Außenpolitik, die feministische Entwicklungspolitik oder auch die

feministische Umwelt- und Klimapolitik. Die erstgenannten haben bereits Leitlinien entwickelt, die auch positiv zu bewerten sind. Bei der Umwelt- und Klimapolitik fehlen diese leider.

LK: Dieses Gespräch vermittelt ein ziemlich düsteres Szenario der Geschlechtergleichstellung in der Klimapolitik. Lassen Sie uns zum Abschluss noch einen Schritt weitergehen: Was bringt Sie in Rage?

UR: In den letzten zwei Jahren ist mir aufgefallen, dass Umweltministerien zum Weltfrauentag am 8. März regelmäßig Statements abgeben, wie wichtig feministische Umwelt- und Klimapolitik ist. Das ist eine schöne Geste, aber den Worten müssen Taten folgen, sie müssen mit Inhalten gefüllt werden, sonst nützt es relativ wenig.



Ulrike Röhr

ist Bauingenieurin und Diplom-Soziologin und widmet sich seit 30 Jahren der Erforschung von Frauen- und Genderperspektiven in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Zusammen mit Kolleginnen an der Technischen Universität Berlin gründete sie den Verein LIFE – Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e. V. Dort leitete sie bis 2014 den Bereich Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit. Sie ist Co-Gründerin von GenderCC – Women for Climate Justice e. V. und Mitglied in der Sachverständigenkommission zum 4. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zu ökologischer Transformation.

Gender Budgeting ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer gerechteren Gesellschaft

Interview mit Dr. Katharina Mader

Feministische Finanzpolitik ist ein blinder Fleck. Das erklärt die Ökonomin Dr. Katharina Mader im Interview und wirft Fragen zur Geschlechtergerechtigkeit auf.

Es geht um die Bedeutung von Gender Budgeting und darum, wie öffentliche Haushalte die Geschlechtergerechtigkeit beeinflussen. Im Interview erläutert sie, wie Gender Budgeting dazu beitragen kann, Armut und soziale Ungleichheit zu reduzieren, welche Schritte wir jetzt unternehmen müssen, um eine gerechtere Gesellschaft zu erreichen, und wie wir eine Finanzpolitik umsetzen können, die auch die Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt.

Lena Kronenbürger: Inwiefern werden die Lebenserfahrungen von Frauen in der Finanzpolitik und den Wirtschaftswissenschaften berücksichtigt und abgebildet?

Dr. Katharina Mader: Unsere Lebensrealitäten beeinflussen unseren Zugang zur Forschung und welche Fragen gestellt werden. In der Ökonomie gibt es nicht viele Frauen und noch weniger Arbeiter_innenkinder an Universitäten, was dazu führt, dass Fragen zu Armut, Klasse und Geschlechterverhältnissen oft nicht gestellt werden. Der wesentlichste Einfluss, den die Wirtschaft und die Wirtschaftswissenschaften auf die Geschlechterverhältnisse und damit auf die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern haben, ist, dass die Wirtschaftswissenschaften oft vorgeben, geschlechtsneutral zu sein, obwohl sie tatsächlich von männlichen Forschern geprägt sind und männliche Realitäten als die Norm betrachtet werden. Wenn acht von zehn Forscher_innen Männer sind, werden geschlechtsspezifische Fragen oft nicht berücksichtigt und gleichzeitig wird behauptet, dass ihre Forschung absolut geschlechtsneutral sei, während feministische Forschung als ideologisch abgetan wird. Die Forschungsfragen und Modelle der Wirtschaftswissenschaften sind aber nicht universell anwendbar, da sie nicht die unterschiedlichen Realitäten von Frauen und Männern berücksichtigen. So sind die Wirkungen von Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Geschlechter noch immer ein blinder Fleck, der große Auswirkungen auf Forschungsfragen und politische Entscheidungen hat.

LK: Wie gestalten sich Entscheidungsprozesse bei der Vergabe von öffentlichen Geldern?

KM: Bei den öffentlichen Geldern ist es ähnlich wie in der Wissenschaft. Es sind hauptsächlich Männer, die Entscheidungen treffen und behaupten, dass sie die Realität abbilden würden, obwohl sie die Perspektiven weniger privilegierter Gruppen nicht mit einbeziehen. In der Finanzpolitik herrscht auch oft ein technokratischer Zugang und Frauen wird gerne mal unterstellt, dass sie keine Ahnung von Budgets haben. Das führt zu einem totalen Ausschlussmechanismus und schließt alle aus, die nicht bis ins kleinste technische Detail mit Budgets vertraut sind.

„Finanzpolitik sollte gleichermaßen für Frauen und Männer geplant und umgesetzt werden.“

Ein Beispiel aus der Coronapandemie zeigt, was passieren kann, wenn mittelalte weiße Männer Entscheidungen treffen. Unsere österreichische Bundesregierung hat damals viele Expert_innen um sich gesammelt und ihre Entscheidungen kommuniziert. Obwohl es einige Studien gab, die gezeigt haben, dass Homeoffice bei gleichzeitiger Kinderbetreuung nicht funktioniert, haben einige Expert_innen vorgeschlagen, einfach die Schulen zu schließen, damit die Eltern – also eigentlich die Mütter – zu Hause bleiben müssen. Das hat zu Kritik geführt und man musste sich sogar dafür entschuldigen. Das zeigt deutlich, wie wichtig es wäre, dass Expert_innengruppen divers aufgestellt sind, damit auch die Politik divers ist und verschiedene Perspektiven berücksichtigt werden. Man kann wohl nicht von allen Expert_innen erwarten, dass sie über ihren eigenen Tellerrand schauen, deshalb müssen wir immer versuchen, so viele Perspektiven wie möglich einzubeziehen, um eine breitere und inklusivere Politik zu gestalten.

LK: Wie könnten die öffentlichen Gelder so angepasst werden, dass sie die tatsächlichen Lebensrealitäten abdecken, die oft vernachlässigt werden?

KM: Hier kommt Gender Budgeting zum Tragen! Gender Budgeting bedeutet, dass öffentliche Haushalte auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin untersucht werden. Die Idee des Gender Budgeting ist aufgekommen, weil man erkannt hat, dass die Budgets, die den Frauenministerien zugeordnet sind, in den meisten Ländern sehr minimal sind und somit kein Hebel für Gleichstellung sein können. Wenn man Gleichstellung als Querschnittsmaterie betrachtet, muss man auch den öffentlichen Haushalt in Betracht ziehen. Gender Budgeting ist also ein wichtiges Instrument, um sicherzustellen, dass öffentliche Gelder tatsächlich dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Auch wenn es bedeutet, dass man bei der Planung des öffentlichen Haushalts die Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt, sollten jedoch nicht nur Geschlechterdichotomien, sondern auch andere Faktoren wie Herkunft und soziale Klasse einbezogen werden. Wenn wir uns wirklich für evidenzbasierte Politik einsetzen wollen, müssen wir analysieren, wie effektiv bestimmte Maßnahmen sind und welche Bedürfnisse und Bedarfe bestehen. Finanzpolitik sollte gleichermaßen für Frauen und Männer geplant und umgesetzt werden. Somit ist Gender Budgeting ein wichtiger Schritt in Richtung einer gerechteren Gesellschaft.

LK: Können Sie ein Beispiel aus der Vergangenheit nennen, in dem bei der Budgetplanung die Geschlechterperspektive nicht ausreichend berücksichtigt wurde?

KM: In der Vergangenheit wurden bei Wirtschaftskrisen oft Maßnahmen ergriffen, die zwar kurzfristig die Wirtschaft ankurbeln, aber langfristig negative Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. In den letzten Krisen haben viele Länder,

auch Österreich und Deutschland, schnell Konjunkturpakete geschnürt und viel Geld in die Baubranche gesteckt, um die Wirtschaft anzukurbeln. Doch Studien zeigen, dass Investitionen in beschäftigungsintensive Bereiche wie Bildung und Pflege langfristig sinnvoller sind. Außerdem wurden vor allem männliche Beschäftigungsverhältnisse gestützt, auch in der Pandemie, obwohl da die Mütter ihre Arbeitsstunden reduziert haben, um Kinderbetreuung und Schulschließungen zu bewältigen. Die darauffolgenden Konsolidierungen nach der letzten Wirtschaftskrise haben in vielen Ländern zu Sparmaßnahmen zum Beispiel im Gesundheitswesen geführt, was jetzt die Reaktion auf die Pandemie zusätzlich erschwert hat. Es geht also nicht nur um abstrakte Diskussionen über Steuern, sondern auch um unmittelbare Lebensrealitäten der Menschen wie Kindergartenplätze und Pflege. Durch Gender Budgeting könnte man gezielt in diese Bereiche investieren, die sowohl der Wirtschaft als auch der Gesellschaft zugutekommen. Aber natürlich könnte auch das Ehegattensplitting überdacht oder Vermögenssteuern eingeführt werden, um die Vermögensunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern.

LK: Wie sieht die tatsächliche Umsetzung von Gender Budgeting in der Praxis aus?

KM: Gender Budgeting ist in Österreich für jedes Ministerium verpflichtend und beinhaltet die Formulierung von Gleichstellungszielen und -indikatoren. Es gibt jedoch keine Sanktionsmechanismen, um sicherzustellen, dass diese Ziele auch tatsächlich umgesetzt werden. Es ist somit eine technische Übung, die von der Verwaltung durchgeführt wird, aber keine Auswirkungen auf die Realpolitik hat. Den deutschen Weg fand ich da dann doch ehrlicher: Hier wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, die letztendlich einfach nicht umgesetzt wurde.

LK: Sie schildern eine recht pessimistische Lage. Gibt es auch positive Beispiele für eine erfolgreiche Umsetzung von Gender Budgeting?

KM: Die Stadt Wien hat vor 15 Jahren Gender Budgeting auf Verwaltungsebene eingeführt und damit große Fortschritte im Bereich Gender Mainstreaming erzielt. Dieses Beispiel zeigt, dass auf regionaler Ebene etwas machbar ist. Ähnliche Beispiele gibt es auch in Deutschland. Regionale Umsetzungen sind wahrscheinlich erfolgreicher, weil sie verständlicher und unmittelbarer betroffen sind, wie zum Beispiel die Musikschule oder der Sportplatz, im Gegensatz zu Milliardenhilfen für Unternehmen.

LK: Wie wichtig ist es, dass Organisationen und Regierungen ein Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit entwickeln, bevor sie Gender Budgets einführen?

KM: Um Gender Budgeting zu verstehen, ist es wesentlich, dass Politiker_innen ein Verständnis für Geschlechterrollen entwickeln. Das Konzept der hegemonialen Männlichkeit zum Beispiel, bei dem nur wenige privilegierte Männer vom System profitieren, während alle anderen danach streben, weil sie denken, dass sie auch davon profitieren würden, muss erkannt werden.

Es ist wichtig zu erkennen, wie sehr uns Geschlechterrollen einschränken und wie wenig sie ein selbstbestimmtes Leben für Frauen ermöglichen. Frauen streben oft danach, nach diesen männlichen Normen zu leben, um ebenfalls Macht zu erlangen, obwohl dies nicht die Realität für die meisten Menschen ist. Es ist wichtig, dass Politiker_innen sensibilisiert werden, um Privilegien zu reflektieren und zu verstehen, wen sie eigentlich vertreten. In Österreich gibt es zwar mehr Frauen in Regierungen, aber viele agieren und leben wie ihre männlichen Kollegen und haben kein Interesse an Gleichstellungspolitik. Daher müssen wir auch bei Politikerinnen einen Anknüpfungspunkt finden, um ihnen die Wichtigkeit von Gleichstellung und Frauenpolitik zu vermitteln.

„Es ist entscheidend, dass Gleichstellungspolitik nicht nur als temporäres Thema betrachtet wird.“

LK: Ist es Ihrer Meinung nach also eine Illusion, dass Frauen, wenn sie in Führungspositionen aufsteigen, sich automatisch für andere Frauen einsetzen?

KM: Zumindest passiert das in der Realität nicht oft. Wenn man erst einmal in das System der Macht eingebunden ist und gelernt hat, wie man sich verhalten muss, um erfolgreich zu sein, denkt man meist nicht mehr an feministische Solidarität und andere Frauen.

LK: In diesem Interview konnten wir bereits von Ihnen lernen, dass feministische Finanzpolitik ein blinder Fleck ist. Welche Konsequenzen befürchten Sie für Frauen und andere benachteiligte Gruppen?

KM: Ich denke, dass wir durch die multiplen Krisen, die ineinander übergegangen sind, wie die Pandemie, der Ukraine-Konflikt und die Energiekrise, sehr viel weiter zurückfallen werden in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter. Die Vorstellungen vieler Frauen von einer gleichberechtigten Gesellschaft werden durchkreuzt. Die Krisen arbeiten dagegen. Viele Frauen haben aufgrund der Pandemie und der Betreuung ihrer Kinder den Arbeitsmarkt verlassen und sind gerade im Zuge der Teuerung nun armutsgefährdet. Studien zeigen, dass Frauenarmut direkt mit Kinderarmut einhergeht. Wenn wir Frauen keine finanzielle Unabhängigkeit ermöglichen, hat dies direkte Auswirkungen auf die nächste Generation und deren Bildung und Armutswahrscheinlichkeit. Es ist wichtig, dass Frauen heute gut leben können, um auch die nächste Generation zu unterstützen. Ich befürchte, dass dies momentan nicht passiert und dass es eine riesige Gefahr für die Zukunft darstellt.

LK: Inwiefern kann Gender Budgeting dazu beitragen, Armut und soziale Ungleichheit zu reduzieren?

KM: Sicherlich indem ein Blick auf die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen geworfen und gezielt in ihre Bedürfnisse investiert wird. Konkret kann dies jetzt durch politische Maßnah-

men wie beispielsweise Deckelungen von Mietpreisen oder die Bereitstellung von warmen Mahlzeiten in Schulen und Kindergärten geschehen. Denn gerade Familien in Armut können sich diese Grundbedürfnisse zurzeit nicht leisten und werden somit noch weiter in die Armut abrutschen. Es gibt jedoch noch kein grundsätzliches Verständnis, dass wir solche Maßnahmen brauchen, und deshalb fehlt auch der politische Wille, um diese Themen anzugehen.

LK: Gleichstellung – werden wir sie tatsächlich eines Tages erleben?

KM: Die Frage, ob wir noch Gleichstellung erleben werden, ist schwierig zu beantworten. Ich persönlich habe die Sorge, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben. Aber es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass wir bereits einige Errungenschaften erreicht haben und dass diese noch relativ jung sind. In Österreich war es zum Beispiel bis 1978 erlaubt, dass der Ehemann die Kündigung der Erwerbstätigkeit seiner Frau veranlassen konnte. Wir müssen uns bewusst machen, wie weit wir bereits gekommen sind und dass gesellschaftliche Entwicklungen Zeit brauchen. Es ist also angebracht, Geduld zu üben, obwohl ich persönlich kein geduldiger Mensch bin.

LK: Auch wenn Geduld gefragt ist: Was muss Ihrer Meinung nach sofort geschehen und kann nicht auf die lange Bank geschoben werden?

KM: In meinen Augen ist es entscheidend, dass Gleichstellungspolitik nicht nur als temporäres Thema betrachtet wird, das gerade in Krisensituationen vernachlässigt wird. Stattdessen muss es als Querschnittsmaterie ständig in die politischen Entscheidungen einfließen, auch und gerade in schwierigen Zeiten.



Dr. Katharina Mader

ist Ökonomin in der Abteilung Frauen- und Familienpolitik in der Arbeiterkammer Wien. Sie ist eine wichtige Stimme in der Debatte über Gender Budgeting und untersuchte in ihrer Dissertation Gender Budgeting als emanzipatorisches, finanz- und demokratiepolitisches Instrument. Mader setzt sich für eine geschlechtergerechte Finanzpolitik ein.

Impressum

Mai 2023

© Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax: 0228 883 9205

www.fes.de/apb

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:

Dr. Annika Arnold

Abteilung Politische Bildung und Dialog

Vanessa Kiesel

Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Friedrich-Ebert-Stiftung

Bestellungen/Kontakt: apb-publikation@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Gestaltung

Designbüro Petra Bähner

Bildrechte weitere Fotos

Lorena Sendic-Silvera, Ulrike Knobloch, Eva Stolz,

Heidi Scherm, Lisi Specht

ISBN 978-3-98628-310-0

